

Antrag vom 05.04.2018 zur Orientierungswoche für Erstsemester für den Ortsbeirat

Die Stadt Marburg möge die Universitätsleitung auffordern, ein Konzept für die Durchführung der Orientierungseinheiten für Erstsemester zu entwickeln.

Ziel soll eine Rückbesinnung auf den eigentlichen Sinn der Studienorientierung sein, wie z.B.:

Kennenlernen der Studiengänge, der Prüfungsordnungen, der Einrichtungen der Universität, der Studierenden untereinander, der Hochschullehrer und des Studienortes.

Zur Erreichung dieses Zieles ist eine verpflichtende zentrale Schulung aller mit der Durchführung der Orientierungseinheiten betrauten Teamer zwingend erforderlich.

Folgende Stellen sollten zur Vorbereitung hinzugezogen werden: die Verantwortlichen der Fachbereiche, Dekane, Prodekane, Fachbereichsbeauftragte für Studienberatung, Fachschaftsvertreter, der AStA sowie Vertreter des Studentenwerkes.

Zusätzlich sollen die Suchtberatungsstelle der Universität sowie Mitarbeiter des Ordnungsamtes der Stadt beteiligt werden.

Die Universität muss sich ihrer Verantwortung für **alle** StudienanfängerInnen, insbesondere auch der noch minderjährigen und in anderen Kulturkreisen sozialisierten stellen.

Begründung

Die Orientierungseinheiten haben sich in den letzten Jahren weit von ihrem eigentlichen Zweck der **Studienorientierung** entfernt. Es finden Spaßveranstaltungen statt, bei denen auch Minderjährige durch Gruppenzwang zum Alkoholkonsum verführt werden. Es werden Spiele durchgeführt, bei denen sich die Teilnehmer entkleiden. Laute Musik und Hinterlassenschaften von Unrat belästigen nicht nur die Stadtbewohner, sondern auch Touristen.

Hinzu kommen strafrechtlich relevante Vorkommnisse bis hin zu sexuellen Übergriffen.

Diese Erscheinungsformen führen dazu, dass nicht nur Minderjährige und Studierende aus anderen Kulturkreisen gefährdet sind, sondern auch andere Erstsemester von der Teilnahme abgeschreckt werden. (Aspekte der Diskriminierung)

Am Ende muss auch geklärt werden, wer für die entstehenden Kosten für die Straßenreinigung und den Einsatz von Ordnungskräften aufkommt.